

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (17. Jahrgang, Nr.12 Dezember 2023)

besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Manche meinen, sie seien liberal geworden, nur weil sie die Richtung ihrer Intoleranz geändert haben.

Wieslaw Brudziński (1920-1996), polnischer Satiriker

Wer von Migration redet, redet von Menschen

Die am 20. November 2023 zurückgetretene Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Annette Kurschus, hat den Kompromiss der EU-Innenminister für ein gemeinsames europäisches Asylsystem scharf kritisiert. Europa habe „den kleinsten gemeinsamen Nenner in der Migrationsfeindlichkeit gesucht und gefunden“, sagte Kurschus beim Johannisempfang der EKD am 21.06.2023 in Berlin, bei dem auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) unter den Gästen war. „Ich muss es tatsächlich so hart formulieren“, ergänzte sie.

Die Kirche könne und wolle sich nicht mit dem zufriedengeben, „was die EU auf Regierungsebene als einen verheißungsvollen Neuanfang in der gemeinsamen Migrationspolitik bezeichnet“, sagte Kurschus unter Applaus vieler der anwesenden Gäste aus Religionsgemeinschaften, Politik und anderen gesellschaftlichen Bereichen. Es stünden etliche Fragen im Raum, ergänzte sie und verwies auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards und die Vermeidung sogenannter Push-Backs - das illegale Zurückdrängen von Asylsuchenden. Noch immer fehle zudem eine Antwort auf das Sterben im Mittelmeer, sagte die westfälische Präses.

„Wer wir sind und was uns unsere sogenannten Werte wert sind, das zeigen wir auch und gerade im Umgang mit Geflüchteten“, sagte Kurschus. Sie wisse, dass Städte am Limit seien und dass Geld und Plätze fehlten. Sie wisse auch, dass Zuwanderung demokratieverträglich gestaltet werden müsse. „Aber Abschottung und eine Rhetorik, die Angst verbreitet, spielen denen in die Hände, die Probleme bewirtschaften wollen, statt sie zu lösen“, sagte sie.

Mit Appellen zu mutigem Eintreten gegen Antisemitismus und einem humanen Umgang mit Geflüchteten hat die Synodentagung vom 12. bis 15. November 2023 der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) begonnen. Die EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus rief die demokratischen Parteien zu einem gemäßigeren Ton in der Debatte über die Flüchtlingspolitik auf. Es werde von „Zahlen“ gesprochen,

die „runter müssen“, als ginge es „um eine mittelschwere Matheaufgabe“. „Wer von Migration redet, redet von Menschen“, sagte sie am Sonntag in Ulm. „In perfider sprachlicher Verdrehung wird aus den Ertrinkenden die Flut gemacht und aus den Schiffbrüchigen die Welle, die angeblich uns überschwemme“, sagte sie in ihrem Bericht an die 128 Mitglieder des Kirchenparlaments. Das Wort Migranten werde „beinahe unisono“ mit den Adjektiven „illegal“ oder „irregulär“ verbunden, obwohl die Mehrheit von ihnen einen Schutzstatus erhalte. „Unbedacht oder auch bewusst grob“ sei zudem suggeriert worden, Geflüchtete machten Einheimischen die Gesundheitsvorsorge streitig, sagte die westfälische Präses Kurschus, ohne CDU-Parteichef Friedrich Merz konkret zu nennen, dessen Äußerung zu mutmaßlichen Engpässen bei Zahnarztterminen wegen Flüchtlingen für Kritik gesorgt hatte.

Die ehemalige Ratsvorsitzende betonte erneut, sie lasse sich „Barmherzigkeit nicht ausreden“ und wehrte sich gegen den Vorwurf, die Kirche vertrete in der Flüchtlingspolitik einen naiven Idealismus. Man müsse ernst nehmen, wenn auch Hochengagierten in der Kirche bei der Aufnahme der Menschen Kraft und Mittel ausgingen. „Um ein Missverständnis auszuräumen: Ich bin keineswegs für eine unbegrenzte Zuwanderung, wohl aber gegen die Festlegung einer Obergrenze“, sagte Kurschus. Eine solche wäre weder mit der deutschen Verfassung noch mit EU-Recht vereinbar.

aus: EKD-Presse-Archiv

Kurschus:

Deutschland könnte mehr Menschen aufnehmen

Aus Sicht der obersten Repräsentantin der deutschen Protestanten, Annette Kurschus, könnte Deutschland deutlich mehr geflüchtete Menschen aufnehmen. Die Aufnahme von Flüchtlingen finde aus christlicher Sicht „ihre Grenze da, wo es zur Selbstaufgabe kommt“, sagte die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. „Ich meine, dass wir diese Grenze noch lange nicht erreicht haben.“ Die Festlegung auf eine „bestimmte Obergrenze“ sei eine „populistische Nebelkerze“, denn sie sei unvereinbar mit dem Grundgesetz und der Genfer Flüchtlingskonvention, sagte die westfälische Präses, die

an der Spitze der EKD steht. Auf Klagen von Kommunen über Überlastung müsse man hören. Von den kirchlichen Ehrenamtlichen sei diese Klage jedoch nicht zu hören. „Grundsätzlich müsste unser reiches Land in der Lage sein, noch mehr Menschen aufzunehmen, die vor Krieg und unterschiedlichster Not aus ihrer Heimat fliehen und Zuflucht bei uns suchen“, sagte Kurschus.

„Die These, jeder zusätzliche Geflüchtete gebe den Rechtsextremisten weiteren Auftrieb, halte ich für zu kurz gesprungen“, sagte die Theologin und sprach sich für „deutlich mehr legale Zugangswege nach Europa“

aus: *Evangelischer Pressedienst (epd)*
vom 15.11.2023

Sparen an Demokratie

Politische Bildung ist ein wichtiger Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Denn Demokratie kommt nicht von ungefähr, sie will gelernt sein. Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) unterstützt Bürgerinnen und Bürger dabei. Ihre Aufgabe ist es, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. So steht es im entsprechenden Erlass des Bundesinnenministeriums aus dem Jahr 2003. Grob gesagt: Die Bundeszentrale für politische Bildung soll die Demokratie in Deutschland stärken und schützen. Eine wichtige Aufgabe, für die sie von der Bundesregierung mit jährlich rund 96 Millionen Euro gefördert wird.

Doch ausgerechnet in Zeiten von wachsendem Extremismus und gesellschaftlicher Spaltung plant die Regierung, dem Institut 20 Millionen Euro zu streichen. So steht es im Haushaltsentwurf aus dem Bundesinnenministerium, den Nancy Faeser, SPD, vorgelegt hat. Das entspricht mehr als einem Fünftel des Etats. Dabei hatten SPD, Grüne und FDP in ihrem Koalitionsvertrag politische Bildung und Demokratieförderung als zentrale Aufgaben hervorgehoben. „Politische Bildung und Demokratieförderung sind mehr gefordert denn je, denn auch in Deutschland steht die pluralistische, freiheitliche Demokratie unter Druck“ ist dort zu lesen. Etwas später heißt es gar: „Wir wollen die Projektmittel der Bundeszentrale für politische Bildung erhöhen.“

Wie passt das zusammen, fragte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke am 7. September auf dem ver.di-Bundeskongress in seiner Rede zum Geschäftsbericht: „Die Faschos tanzen auf den Tischen - und die Bundesregierung streicht die Demokratieförderung zusammen.“ Der ver.di-Vorsitzende machte auf die dramatische Spaltung der Gesellschaft, Hetze und eine gezielte und systematische Verrohung des politischen Diskurses aufmerksam. Die Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen und Betrieben seien es, die täglich die Demokratie verteidigten.

Und dabei werden sie durch zahlreiche politische Bildungsangebote, Seminare und Trainings unterstützt und gestärkt. Doch etliche Programme und Angebote zur Demokratieförderung vieler gemeinnütziger Anbieter in diesem Bereich müssten nun nach den Plänen von Nancy Faeser gestrichen werden. Denn die bpb unterstützt mit ihren Finanzmitteln auch Angebote gemeinnütziger Organisationen in diesem Bereich. Mit den Kürzungen wür-

den etwa Veranstaltern von politischen Bildungsmaßnahmen 25 Prozent ihrer Mittel entfallen – „eine massive Beschneidung der Arbeitsmöglichkeiten für die Träger der politischen Bildung“ sagt Wilfried Klein, Vorsitzender des Bundesausschusses Politische Bildung (bap).

Die Pläne der Ministerin stoßen auf harsche Kritik von vielen Seiten. Auch aus den eigenen Reihen der Koalition. Über den Haushalt muss noch der Bundestag entscheiden. An der Planung kann sich also noch etwas ändern, Widerstand ist nicht zwecklos.

aus: *verdi-Publik 6-2023*

Jede Person kauft pro Jahr 60 neue Kleidungsstücke

Jedes Jahr kaufen Erwachsene in Deutschland 60 neue Kleidungsstücke, jedes 5. Teil wird so gut wie nie getragen, so das Bundesumweltministerium. Der rasant steigende Anteil von Online-Käufen werde den Trend verstärken. Oft handele es sich um billige „Fast Fashion“, das Wissen um ökologische und soziale Auswirkungen der Herstellung sei nach wie vor gering. Der Anbau von Baumwolle erfordert große Wassermengen, beim konventionellen Baumwollanbau sind Pestizide und Düngemittel ein Problem. Chemische Fasern wie Polyester oder Elasthan setzen in Deutschland beim Waschen geschätzt 80 bis 400 Tonnen Mikropartikel jährlich frei.

aus: *Hempels, Oktober 2023*

Jeder 10. Online-Kauf wird retourniert

Jeder 10. Online-Einkauf wird in Deutschland retour geschickt, weil die Kleidung nicht passt oder anderswo ein besseres Angebot gefunden wurde, von Frauen (13 %) mehr als von Männern (8 %). Das hat eine repräsentative Umfrage des Digitalverbands Bitkom ergeben. Die Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen retourniert 13 % ihrer bestellten Online-Käufe, die der über 60-Jährigen mit 7 % am wenigsten. Rücksendungen belasten das Klima erheblich. Laut Forschungsgruppe Retourenmanagement der Uni Bamberg wurden dadurch in Deutschland 2021 795.000 Tonnen CO₂ freigesetzt, so viel wie 6,6 Mio. Autos von München nach Hamburg ausstoßen.

aus: *Hempels, Oktober 2023*

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung des Herausgers wieder.

Beiträge und Anregungen bitte an

**Klaus Herrmann,
E-Mail: kherrmann@kabelmail.de**

**Unsere nächsten Treffen:
08.01., 12.02. und 11.03.2024
jeweils von 17.00 bis 19.00 Uhr
im Rauhen Haus, Haus Weinberg**

Meine Augen haben deinen Heiland gesehen, das Heil, das du bereitet hast vor allen Völkern.

(Monatspruch für Dezember 2023 aus Lukas 2,30-31)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
31. Dezember 2023